

Volle Blamage für die CDU!

Zur heutigen Finanzausschusssitzung erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Ich akzeptiere das Anliegen der FDP, aufgrund der noch anstehenden Entscheidungen im Vermittlungsausschuss, über den Haushalt 2004/2005 erst im Januar entscheiden zu wollen. In Abwägung der Argumente spricht sich meine Fraktion aber dafür aus, den Haushalt wie geplant im Dezember abzustimmen:

- Die im Haushalt eingeplanten Investitionsmittel müssen zur Belebung der Konjunktur so schnell wie möglich fließen.
- Vereine und Verbände brauchen Planungssicherheit.
- Die Landesregierung hat bereits das eventuelle Vorziehen der Steuerreform eingeplant.

Blamabel ist dagegen das Verhalten der CDU:

- Der größeren Oppositionspartei war es nicht möglich, die seit Montag vorliegende Nachschiebeliste zu lesen und in ihre Änderungsvorschläge einzubeziehen.
- Die CDU hat es bis zum heutigen Tag nicht geschafft, ihre vollmundigen millionenschweren Haushaltsversprechen (vgl. Pressemitteilung der grünen Landtagsfraktion vom 11.11.2003, Nr. 289.03) gegen zu finanzieren. Der Antrag der FDP auf Vertagung der Haushaltsberatung schien der erhoffte Rettungsanker für die CDU zu sein, damit sie im Finanzausschuss nicht ohne Hemd und Hose - also ohne eigene Haushaltsanträge - da stehen.

- Die CDU hat heute auf Nachfrage bekennen müssen, dass ihre, von der Partei am vergangenen Wochenende beschlossenen Forderung, 2000 Stellen in der Landesverwaltung kurzfristig abzubauen, gar nicht um zu setzen ist. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Rainer Wiegard hat zugeben müssen, dass sich ein solcher Stellenabbau nicht konkretisieren lässt und dass die CDU diesen deshalb mit ihren Haushaltsanträgen nicht aufschlüsseln wird.

Das ist unglaublich: Die CDU hat sich unsäglich blamiert und müsste, wenn sie konsequent wäre, ihre Beschlüsse vom Wochenende rückgängig machen oder aber nächste Woche detailliert aufschlüsseln, wo sie im Haushalt 2004/2005 2000 Stellen streichen will.

Wer notwendige kurzfristige Maßnahmen so definiert, dass vor 2006 erst mal gar nichts passiert, ist schlicht nicht mehr ernst zu nehmen.
